76. Jahrgang. Nr. 300 Dienstag, 28. Juni 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 841
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohn. Anzeigenaufschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1065 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

v. Papen bekräftigt das deutsche Nein

Die Lausanner Aussprache mit den Franzosen

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 27. Juni. Die heutige Nachmittagssitzung, die von ½5 Uhr bis nach ½8 Uhr dauerte, hat keine Entscheidung gebracht, wohl aber eine neue Verschlechterung der Stimmung. Folgendes Kommuniqué wurde ausgegeben:

„Die deutschen und französischen Delegierten sind heute nachmittag von neuem zusammengetreten. Der deutsche Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht für die Annullierung der Reparationen sprechen, sowie die ersten Maßnahmen dargelegt, die er zum Wiederaufbau Europas vorschlägt. Der deutsche Reichskanzler hat diese Erklärung des Reichsfinanzministers vom allgemeinen Standpunkt aus erweitert und vervollständigt. Der französische Ministerpräsident Herriot hat im Namen Frankreichs die Vorbehalte angemeldet, die er für notwendig erachtet. Die Verhandlungen werden Mittwoch vormittag weiter fortgesetzt werden."

Die deutsch-französische Sitzung ist im vorgesehenen Rahmen verlaufen. Der Reichsfinanzminister hat den größeren Teil der Ausführungen gemacht, etwa eine Stunde, während der Kanzler nur eine halbe Stunde sprach. Von Papen hat die Tribut- und Wirtschaftsfragen ausführlich behandelt, vor allem auch im Hinblick auf die notwendige Wiederherstellung des Vertrauens. Er gab auch einen historischen Rückblick über die bisherigen Tributexperimente und ihre Folgen sowohl für die Welt wie für das deutsche Volk. Dabei schilderte er die dem deutschen Volks- und Wirtschaftskörper dadurch zugefügten Verluste eingehend, um dadurch gleichzeitig dem Einwand zu begegnen, als könnte diese ausgebeutete Wirtschaft eine Gefahr für andere Länder bedeuten.

Die deutsche Regierung, so fügte der Kanzler dann hinzu, werde keine Unterschrift leisten, von deren Unerfüllbarkeit sie überzeugt sei.

Herriot hat daraufhin mit eisiger Kühle erklärt, es handle sich also um eine neue Situation. Deutschland habe bisher doch die Streichung der Schulden mit gleichzeitiger Inaussichtstellung von Kompensationen verlangt. Jetzt fordere es diese Streichung, ohne solche Kompensationen anzubieten. Man kann daraus schließen, daß die deutschen Vorschläge konstruktiver Art, die heute vorgetragen wurden, den Franzosen in keiner Weise als Kompensationen genügen und daß sie ihnen überhaupt nicht diesen Charakter zuerkennen. Es wird weiter bekannt, daß die französische Delegation während der ganzen heutigen Sitzung ein besonders ablehnendes und verstimmtes Benehmen zur Schau trug. Die Franzosen hatten die letzte Tagung mit dem Worte ihres Finanzministers Martin geschlossen: Wir erwarten Ihre Vorschläge, und sie hatten sich inzwischen in die Hoffnung auf große deutsche Angebote eingesponnen. Um so enttäuschter waren sie nun, daß die deutsche Delegation, wie sie behaupten, nach ihrer früher gezeigten Bereitwilligkeit zurückgewichen sei.

Deutschland und Frankreich sind also weiter denn je auseinander. Die Aussichten der Konferenz sind damit noch ungünstiger als bisher.

Wir stellen aber fest, daß die deutsche Delegation heute in dem allein entscheidenden Punkt festgeblieben ist.

Ob sie vorher immer ganz glücklich in ihrer Taktik war, ist eine andere Frage, die aber noch nicht ganz abschließend beurteilt werden kann. Heute abend werden sowohl v. Papen wie Herriot noch mit Macdonald sprechen. Der Dienstag soll zur Fühlungnahme zwischen den Delegierten aller Hauptmächte ausgenutzt werden.

Herriots Wunsch nach „Kompensationen"

Der Reichskanzler hat nunmehr sowohl in Lausanne wie in Berlin sich ziemlich deutlich über die Umrisse seines Planes geäußert, wie er Frankreich zur Einwilligung in die Streichung der Tribute bewegen will. Er hat in der ersten Lausanner Woche sehr eingehend zu fühlen bekommen, daß die Tributstreichung eine sehr einfache und in kurzer Frist zu bewerkstelligende Aktion wäre, wenn es lediglich einer Vereinbarung zwischen England, Italien und Deutschland bedürfte. Aber Frankreich ist das zähe Hindernis jeder vernünftigen Regelung. Es will auf keins seiner angeblichen Rechte verzichten, und Herriot hat wiederholt zu verstehen gegeben, er werde solange ausharren, bis er „Erfolge" in seinem Sinne mit nach Hause bringen kann, die notwendige Verzichte ausgleichen, „kompensieren", wie das neue Schlagwort heißt. Die, wie man jetzt glücklicherweise sagen kann, allgemeine Auffassung in Deutschland, England, Italien und auch Amerika geht nun dahin, daß die Beseitigung der Tribute die Ausräumung eines Haupthindernisses für die Wiederherstellung der zerstörten internationalen Kreditlinien bedeuten würde. Die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens aller Länder würde für jedes Volk einen ungleich größeren Nutzen bringen, als ihn selbst die höchsten Tributleistungen rein rechnerisch bieten könnten. Angelsächsische und deutsche Sachverständige stimmen miteinander überein, daß die Verschärfung einer normalen Depression zu einer, das seinmalige weltwirtschaftliche Netz des modernen Güteraustausches fast völlig zerstörenden Krise in zwei Jahren weit mehr gekostet hat, als die Gesamtsumme der Younggzahlungen beträgt. Also, folgert man sehr logisch, wird die Streichung der Tribute auch für die Gläubiger Vorteile bringen, die weit über die zu erwartenden Zahlungen hinausgehen, zumal sich ja erwiesen hat, daß die Höhe der Tributraten in keinem Verhältnis zur Zahlungsfähigkeit Deutschlands steht.

Das soll nach deutscher Auffassung auch für Frankreich Geltung haben, dessen Nutzen aus einer wachsenden Konjunktur der Weltwirtschaft ebenfalls größer wäre als die Tribute. Nur weigert man sich in Frankreich, diese einfache Tatsache zu sehen. Aber der Traum von der „glücklichen Insel Frankreich" inmitten der tobenden Krise ist schon ausgeträumt, und die Sturmflut einer Katastrophe würde selbst das gesichertste Eiland überfluten. Auch Herriots Erklärungen, die Weltwirtschaftskrise und die Tribute stünden in keinem ursächlichen Zusammenhang, werden dadurch nicht wahrer, daß er sie fortwährend wiederholt. Der Zweck dieser Behauptungen ist freilich offenkundig genug. Herriot will sich mit dem allgemeinen Vorteil einer aufsteigenden Konjunktur nicht begnügen, sondern für Frankreich an dem Nutzen teilhaben, den natürlich auch Deutschland aus der Besserung der Weltwirtschaftslage ziehen wird. Mit deutlicheren Worten: Herriot möchte den Rahm aus dem zu erwartenden Geschäft einer allgemeinen Besserung durch Beseitigung der Tribute mittels eines Spezialtributs Deutschlands an Frankreich abschöpfen, der mit Hilfe eines Wohlstandsindexes errechnet werden soll. Dieser Plan läßt außer Betracht, daß das allgemeine Vertrauen erst nach radikaler Beseitigung jeder politischen Zahlung sich wieder stärken kann. Herriot vergißt obendrein, daß die Tributfrage keine deutsch-französische Angelegenheit ist. In dem Augenblick, wo Deutschland dem reichen Frankreich ein Zugeständnis machen würde, wäre zu erwarten, daß alle anderen Mächte, von England bis Jugoslawien und Griechenland, entsprechende Quoten fordern würden. Das Endergebnis wäre ein neuer Tributplan, der sich von dem Youngabkommen im Prinzip nicht unterscheiden würde. Italien, das ebenso wie England mit Sorge die Haltung Deutschlands betrachtet, hat uns in seinem Memorandum an Macdonald wahrhaftig deutlich genug zu verstehen gegeben, daß es zwar mit der Lösung des „Schwamm drüber" einverstanden ist, jedoch Reparationsgläubiger bleibt, wenn Deutschland an eine andere Macht Tribute oder Kompensationen zahlt. Auch wäre das Endergebnis einer solchen Lösung, daß Amerika keinen Dollar der politischen Schulden nachlassen würde. Man hätte sich also in Lausanne im Kreise gedreht. Aus Frankreichs Anspruch auf Kompensationen wäre zwangsläufig ein Youngplan in zweiter Auflage erwachsen, an eine Streichung der Schulden bei Amerika wäre nicht zu denken, Deutschland würde zwar nicht zahlen, weil es nicht zahlen kann, aber die Weltkrise würde infolge der Enttäuschung, die die Konferenz bringen muß, katastrophale Ausmaße annehmen. So kann aus Herriots Kompensationspolitik nicht einmal für Frankreich der geringste Nutzen erwachsen, allen aber drohen neue Sorgen und wachsende Verarmung.

So einfach diese Ueberlegungen sein mögen, so gering ist die Aussicht, daß sie von den Franzosen verstanden werden. Denn Herriot sieht nur die Heiligkeit sinnlos gewordener Verträge, weil er als Parteimann nicht ohne einen Erfolg nach Hause kommen will, der sich auch dem kleinen

Preußen organisiert die Länderfronde

Länderkonferenz bei Hirtsiefer – Kommt der Reichskommissar?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Juni. Mit einer höchst ungewöhnlichen und zum Leidwesen der Beteiligten nicht im Dunkeln gebliebenen Konferenz im preußischen Staatsministerium ist am Montagnachmittag die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen schlagartig wieder in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Den stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten und Zentrumsminister Hirtsiefer hat der zweifelhafte Ruhm des bayrischen Ministerpräsidenten Held offenbar nicht schlafen lassen. Hirtsiefer hat sich — im Gegensatz zu den sozialdemokratischen preußischen Ministern, die einer solchen Aktion durchaus abgeneigt gewesen sein sollen — an die Spitze der über gewisse süddeutsche Länderregierungen aufgezogenen Zentrumsfronde gestellt

und am Montag eine Geheimkonferenz der opponierenden süddeutschen Länder gegen das Reich veranstaltet.

Zu dieser Besprechung waren neben dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz, einem badischen und einem hessischen Vertreter auch der bayrische Innenminister Dr. Stützel und der bayrische Staatsrat Schäffer erschienen, welch letzterer durch seine reichsfeindlichen Reden in der letzten Zeit besondere Aufmerksamkeit erregt hat. Sachsen war zwar aufgefordert worden, hat aber das Spiel durchschaut und darauf verzichtet, sich gegen das Reich ausspielen zu lassen. Die sächsische Regierung hat die an sie ergangene Aufforderung zur Teilnahme dahin beantwortet, daß sie ihren Standpunkt bereits in der letzten Innenministerkonferenz dargelegt hat.

In diesem Kreise der vertraulichen parteipolitischen Verschwörung haben sich die Vertreter des im Abstieg befindlichen Systems darüber unterhalten, wie man der Reichsregierung möglichst ernste und viele innerpolitische Schwierigkeiten machen könnte. Man hat zum Schluß „Einmütigkeit" festgestellt und beschlossen, diese Art von Frondeur-Konferenz von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

Die Reichsregierung hat selbstverständlich mit dieser Konferenz nichts zu tun gehabt; sie war nicht einmal über die Einberufung unterrichtet.

Der Inhalt der Besprechung ist ihr naturgemäß alsbald bekannt geworden. Auch die amtlichen preußischen Stellen haben, nachdem die Vertraulichkeit einmal gebrochen war, ein Kommuniqué herausgegeben, in dem unverhohlen die Befriedigung über den gelungenen Streich gegen das Reich zum Ausdruck kommt. Noch einmal hat sich auf diese Weise die Fronde gegen das Reich auf der Basis des unheilvollen Dualismus zwischen Preußen und Reich zusammenfinden können. Die Reichsregierung scheint aber nunmehr entschlossen zu sein, nicht länger zu dulden, daß sich unter ihren Augen auf der anderen Seite der Wilhelmstraße unter Leitung von Preußen gleichsam die Reichsfeindschaft offiziell organisiert. In politischen Kreisen wird mit Nachdruck darauf verwiesen, daß dies ein Zustand sei, der im Interesse der Reichseinheit nun eines alsbaldigen und entschlossenen Eingreifens bedürfe. Nachdem die preußische Regierung in den langen Jahren ihres Bestehens genug politisches Unheil angerichtet hat,

gilt es jetzt zuzulassen und durch Einsetzung eines Reichskommissars die gefahrdrohende Entwicklung zu liquidieren.

Die Reichsregierung wird gut tun zu handeln, da die innerpolitischen Gegner rüstig am Werke sind, den Widerstand zu organisieren. Dabei muß die Reichsregierung besonders berücksichtigen, daß ihr außer der für außenpolitische Zwecke geschaffenen Reichswehr kein Machtmittel polizeilicher Natur direkt zur Verfügung steht. Zwar werden diejenigen Länder, die entschlossen sind, mit der Reichsregierung loyal zusammenzuarbeiten, nicht dulden, daß es auf preußischer Seite eines Tages womöglich zu weiteren politischen Uebergriffen gegenüber der Reichsregierung kommt. Immerhin scheint ein weiteres Zögern seitens der Reichsregierung nicht am Platze und nur dazu geeignet, die Schwierigkeiten weiter zu vergrößern.

Während auf der preußischen Seite der Wilhelmstraße diese merkwürdige Konferenz tagte, fand im Reichsinnenministerium eine Besprechung des Reichsinnenministers mit den Reichsratsbevollmächtigten statt. Gegenstand dieser Beratungen war eine Erörterung der innerpolitischen Lage, insbesondere der bevorstehenden Ergänzungs-Notverordnung, die die Demonstrations- und Uniformverbote vorbehaltlich einiger genau begrenzter Ausnahmen allgemein beseitigen wird. **Der Erlaß der Notverordnung wird am Mittwochvormittag erfolgen.** Der Reichsinnenminister erläuterte noch einmal Sinn und Zweck dieser Notverordnung. v. Gayl dürfte, nachdem er von der Geheimkonferenz im preußischen Staatsministerium erfahren hatte,

auch das Problem der Polizeikostenzuschüsse des Reiches für die Länder angeschnitten haben.

In der Tat würde man es dem Reiche nicht verdenken, wenn es auf diesem Gebiete Erwägungen anstellt, die für die frondierenden Länder unter Umständen unbequem sein könnten. Man entsinnt sich, wie geringfügig seinerzeit der Anlaß für den früheren Reichsinnenminister Wirth war, um dem Lande Thüringen die Polizeikostenzuschüsse zu sperren. Bei den heutigen allgemeinen Finanzschwierigkeiten der Länder würde ein solcher Schritt ein wahrscheinlich höchst durchschlagendes Mittel sein, um gewisse Länderregierungen zur Räson zu bringen.